

Libyen-Gipfel in Paris: Kampf um Gaddafis Milliarden und Sarkozys Ambitionen für die künftige militärische Rolle Europas

VON DANNY LEDER, PARIS

„Wir müssen unseren Job zu einem guten Ende bringen. Die Übergangsphase muss klappen“, betonte Nicolas Sarkozy im Vorfeld des gestrigen Gipfeltreffens der „Freunde Libyens“. Vertreter von 60 Staaten waren im Elysée-Palast versammelt, um mit dem „Nationalen Übergangsrat“, also dem vorläufigen Leitungsgremium der neuen Machthaber in Tripolis, über die Zukunft Libyens zu diskutieren.

Im Vordergrund stand die Bereitstellung von Finanzmitteln, um das Chaos vor Ort zu überwinden – in Tripolis herrscht Wasser- und Treibstoff-Mangel, die Spitäler haben keinen Strom mehr, die Behörden wurden seit Monaten nicht mehr bezahlt. Die nötigen Gelder sind in libyschen Besitz, allerdings in Form von Bankguthaben, Aktien und Immobilien, die Gaddafis Familienklan weltweit verstreut hat. Auch der bereits geortete Teil des Vermögens, das bis zu 180 Mrd. Dollar betragen soll, ist wegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats gegen Gaddafi blockiert. Um diese Mittel flott zu machen, bedarf es eines neuen Beschlusses des Sicherheitsrats. Wobei sich vor allem China bitten lässt.

Immerhin gelang es den USA, Großbritannien und Frankreich, nach heftigem Ringen mit China, die Genehmigung des UN-Sanktionskomitees zu erlangen, um „aus humanitären Gründen“ unmittelbar fünf Mrd. Euro aus eingefrorenen Gaddafi-Konten flüssig zu machen.

KEIN TRIUMPHGEHABE Gleichzeitig vermied Sarkozy Triumphgehabe. Allein, dass er als Gastgeber agierte (auch wenn offiziell der britische Premier David Cameron ihm als Co-Präsident zur Seite stand), unterstrich seine Rolle als Retter und Geburtshelfer den neuen Libyen. Sarkozys Vorpreschen in der UNO und Nato im März und der Luftwaffeneinsatz gegen Gaddafis Militärkolonnen verhinderte ein Blutbad in der Rebellen-Hochburg Bengasi.

Zu Recht sagte Sarkozy bei anderer Gelegenheit, er habe ein „neues Srebrenica“ verhindert – in Anspielung an das Massaker von tausenden Bosniern durch serbische Truppen 1995. Wie überhaupt Sarkozy die

Hilflosigkeit Europas in Ex-Jugoslawien („Die USA haben damals die Arbeit übernommen, die die Europäer leisten hätten sollen“) der jetzigen franko-britischen Tatkraft in Nordafrika gegenüberstellt. Davon ausgehend plädiert Sarkozy für eine verstärkte diplomatische und militärische Rolle der EU, allen voran bei der Lösung des Nahostkonflikts („Die USA schaffen das nicht alleine“).

Bei soviel europäischer Ambition wirkte der vom Pariser Blatt *„Libération“* veröffentlichte, angebliche Brief des libyschen Übergangsrats vom 3. April störend: als Dank für die Unterstützung aus Paris habe man Frankreich den Zugriff zu 35 Prozent der libyschen Ölquellen versprochen. Außenminister Alain Juppé erklärte, er habe „von so einem Abkommen keine Kenntnis“, es erscheine ihm aber „logisch, dass Länder, die den Aufstand unterstützt haben, bei Wiederaufbau bevorzugt werden“. Sorgen macht man sich deswegen vor allem in Rom. Bisher dominierte in Libyen der italienische Ölkonzern ENI, Frankreichs Ölriese Total war weit abgeschlagen. Aber das könnte sich jetzt ändern, nachdem Silvio Berlusconi in der ersten Phase des libyschen Aufstands seine Beziehungen zu Gaddafi nicht kappen wollte.